

Wasserleitungen von der Küste ins Land? Experten raten zu lokalen Lösungen

Niedersachsen ist ein wasserreiches Land, aber die Verteilung wirft langfristig Probleme auf: Im Winter regnet es zu viel, im Sommer zu wenig. An der Küste und in manchen landwirtschaftlichen Betrieben wird der Boden entwässert, in anderen Regionen wird stattdessen beregnet. Doch wie lässt sich die Verteilung des Wassers besser regeln? Erst in der vergangenen Woche hat Niedersachsens Umweltminister Olaf Lies (SPD) vorgestellt, wie eine Fachgruppe unter Leitung seines Hauses ein neues Wassermanagement-Konzept für Niedersachsen erarbeitet. Gestern befasste sich nun auch der Umweltausschuss des Landtags mit der Frage, wie das Wasser klüger im gesamten Land und über das gesamte Jahr verteilt werden könnte. Bei der Verbändeanhörung im Ausschuss waren sich die Experten weitgehend einig, dass die Entschließungsanträge von SPD/CDU auf der einen Seite sowie von den Grünen auf der anderen Seite beide grundsätzlich zu begrüßen seien. Ebenso bestand Einigkeit darin, dass das Wassermanagement in Zukunft nicht zentral für das gesamte Land organisiert werden sollte, sondern spezifische regionale Konzepte brauche. Ein wasserwirtschaftlicher Rahmenplan, wie es ihn früher gegeben hat, sei heute nicht notwendig, erklärte etwa Jan Arning für die kommunalen Spitzenverbände. Die Wasserversorgung müsse zwar ganzheitlich betrachtet und großräumiger gedacht werden, die ortsnahen Strukturen müssten dabei aber beibehalten werden. Es sei die Aufgabe der Kreise und kreisfreien Städte mit ihren unteren Wasserbehörden, die gegenläufigen Interessen von Wasserversorgern, Landwirtschaft und Industrie vor Ort auszugleichen. Er brachte dabei durchaus die Möglichkeit ins Spiel, dass sich die angrenzenden Versorgungsverbände zusammenschließen.

Elisabeth Schulz von der Landwirtschaftskammer Niedersachsen mahnte, es brauche mehr Förderprogramme für lokale Pilot-Maßnahmen. „Die Zeit des Redens ist vorbei“, sagte sie und bat darum, Prüfaufträge aus dem Entschließungsantrag der Großen Koalition in handfeste Förderprogramme umzuformulieren. Konkret empfahl sie, die entsprechende Förderrichtlinie aus der „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) für Niedersachsen zu übernehmen. Zudem fordert Schulz, die Landkreise entsprechend auszustatten und zu beauftragen, gezielt kleine lokale Maßnahmen zu entwickeln. Die Kreise seien diejenigen, die dabei die Verantwortung tragen sollten, weil sie auch die Kontakte zu allein Partnern hätten. Die Landwirtschaftskammer regt an, in den Kreisen und kreisfreien Städten zukünftig dauerhaft tagende Runde Tische zur Wasserversorgung einzurichten, bei denen die Versorger, Wasser-, Umwelt- und Landwirtschaftsverbände im stetigen Austausch bleiben sollten. An dieser Stelle könnten dann auch regionale Wassermanagementpläne erarbeitet werden, die sich jeweils „radikal unterscheiden“ würden,

so die Vertreterin der Landwirtschaftskammer. „Die Probleme und auch die Lösungen sind ganz andere, je nachdem, ob man an der Börde, auf dem Geestrücken oder ganz so woanders ist.“ Diese Ansicht teilt auch Godehard Hennies vom Wasserverbandstag. Die Anforderungen seien regional so unterschiedlich, dass es keine einheitliche Vorgabe geben dürfe. Die 26 Wasserverbände entlang der Küste müssten zum Beispiel dringend entwässern, das dürfe man ihnen auch nicht verbieten. Von der Idee, Wasserleitungen von der Küste bis weit ins Land hinein zu legen, rät Godehard entschieden ab. Auch wenn eine Lösung dafür gefunden werden müsse, dass an den Küsten mit viel Aufwand kostbares Süßwasser über die Deiche ins Salzwasser geleitet wird, seien die Kosten und der technische Aufwand für Leitungen ins Land hinein viel zu hoch und stünden nicht mehr im Verhältnis zum tatsächlichen Nutzen, sagt Hennies.

Um auf den regionalen Rückgang der Grundwasserreserven zu reagieren, regt Ekkehard Fricke vom Fachverband Feldberegnung drei Strategien an. Zunächst sollte für manche Bereiche auf Grundwasser verzichtet und dabei auf andere Wasserquellen zurückgegriffen werden. So könnten etwa in der Landwirtschaft auch stärker Oberflächengewässer oder Produktionswasser zum Beispiel aus der Zuckerrübenproduktion genutzt werden. Fricke schlägt weiter vor, verstärkt auf Grundwasserneubildung zu setzen. Dazu könnten die Wälder entsprechend angepasst werden, denn Laubwälder unterstützen die Grundwasserbildung stärker als Nadelwälder. Es könnte zudem mehr Wasser über Gräben und sogenannte Vorfluter zurückgehalten werden. Außerdem könnte Abwasser zurückgehalten und dann gezielt in Wäldern eingeleitet werden. Fricke's dritter Vorschlag richtet sich gezielt an die Landwirtschaft. Landwirte sollten angehalten werden, ihre pflanzenbaulichen Potenziale zu erhöhen. Das heißt, künftig sollte zum Beispiel auf sandigem Boden eher Weizen statt Roggen angebaut werden.

Lesen Sie auch:

[So will Niedersachsen das Wasser besser verteilen](#)



Personen & Positionen

Gerhard Schierhorn, Bürgermeister der Samtgemeinde Hanstedt, macht sich Gedanken über den Ausschluss der Öffentlichkeit bei den aktuellen Sitzungen der Landtags-Ausschüsse. Als Vertreter des Landesverbands Bürgerinitiative Umweltschutz Niedersachsen (LBU) nahm Schierhorn gestern an der Sitzung des Umweltausschusses teil. Die Sitzung fand allerdings im Raum 1105 des Landtagserweiterungsbaus statt, der aufgrund der aktuellen Abstandsregeln nur eine überschaubare Anzahl an Personen aufnehmen kann. Da Schierhorns Expertise erst am Ende der Anhörung geplant war, bat die Landtagsverwaltung ihn und andere Experten, gegebenenfalls draußen zu warten, bis sie an der Reihe sind. Dieser Bitte wollten die geladenen Experten allerdings nur ungern nachkommen, schließlich interessierten sie sich auch für die Berichte der anderen Organisationen. Schierhorn zeigte sich daraufhin irritiert über die Organisation des Parlamentsbetriebs unter Corona-Bedingungen. Die Situation sei ja nicht neu und er als Bürgermeister müsse bei den Sitzungen seines Samtgemeinderates auch ausreichend Platz für bis zu 30 Gäste sicherstellen. Letztlich reichte der Platz in Raum 1105 dann aber doch noch für alle anwesenden Gäste aus, weil die Landtagsverwaltung für Abhilfe sorgte.

Matthias Karsch, Landesvorsitzender des Bundes deutscher Kriminalbeamter (BdK), verwarft sich gegen die von ihm festgestellte zunehmende Pauschalisierung in der Debatte über Rassismus. „Wenn in den vergangenen Monaten insbesondere Shisha-Bars, in denen überwiegend Menschen mit Migrationshintergrund verkehren, verstärkt polizeilichen Überprüfungen unterzogen werden, hat das nichts mit polizeilichem Rassismus zu tun“, schreibt Karsch im Mitteilungsblatt seiner Organisation. Wenn an bestimmten Treffpunkten des Drogenhandels „überwiegend Menschen einer bestimmten ethnischen Gruppe kontrolliert werden“, so Karsch weiter, „hat das regelmäßig nichts mit polizeilichem Rassismus oder ‚racial profiling‘ zu tun“. Das liege vielmehr an vorliegenden Ermittlungsergebnissen, die auf diesen Zusammenhang hinweisen. Gleiches gelte für Kontrollen der Angehörigen von Familienclans, für Corona-Überprüfungen der Polizei in bestimmten Wohngebieten oder für verstärkte Kontrollen in bestimmten Stadtteilen. Der BdK Niedersachsen lehne Pläne wie in der Stadt Berlin, die Stelle eines „Polizei- und Bürgerbeauftragten“ einzurichten, nach Karschs Mitteilung ab: „In Niedersachsen wird dafür kein Bedarf gesehen. Die hier eingerichtete Beschwerdestelle für Bürger und Polizei hat in den vergangenen sechs Jahren bereits gute Arbeit geleistet. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass es wirklich Gründe zur Klage über die Arbeit unserer Kollegen offensichtlich nicht gibt.“

Detlef Ahting, Landesleiter der Gewerkschaft Verdi für Niedersachsen, fordert von der Landesregierung einen „kommunalen Rettungsschirm“. Die Beschlüsse des Bundes, etwa die Ausfälle bei der Gewerbesteuer abzudecken, reichten nicht aus. Nötig sei auch eine Begleitung durch das Land